



Niederschrift
über die 11/3. Sitzung des Rates
am Montag, 08.02.2021

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **21:50 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister
Banken, Ludger

Ratsmitglieder (UWG)
Kramme, Hinrich

Knauber, Dr. Raffael
Erster Beigeordneter

Ratsmitglieder (CDU)

Brozio, Kurt
Burke, Thomas
Hell, Mathias
Knott, Jan
Pfahl, Ferdinand
Pütz, Markus
Rick, Ilka
Sander, Ulrich
Schneider, Joachim
Schragen, Georg
Thielen, Maureen, Dr.
Weber, Bruno
Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.
Wolf, Oliver

Kohlosser, Walter
Kämmerer

Hoffmann, Daniela
Fachbereichsleiterin

Rösner, Wolfgang
Fachbereichsleiter

Thünker-Jansen, Margit
Fachbereichsleiterin

Wilhelm, Sonja
Schriftführerin

Ratsmitglieder (SPD)

Grünberg, Pia
Kerstholt, Karl Heinrich
Koch, Martina
Krupp, Ute
Lüdemann, Jürgen
Quadflieg, Donat
Rohloff, Michael
Vary, Eva
Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (UWG)

Ganten, Reinhard H., Dr.

Huth, Dieter

Josten-Schneider, Silke

Meyer, Jörg

Schüller, Ellen

Specht, Dagmar

Ratsmitglieder (FDP)

Euskirchen, Lorenz

Rentzsch, Jana

Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Beckers, Carolin

Bogert, Stephan

Lenke, Nils, Dr.

Nagel, Axel

Rupprecht, Deborah

Schiebener, Heribert

Seiffert-Schollmeyer, Urte

Tagesordnung

zur 11/3. Sitzung des Rates
am Montag, 08.02.2021

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
A)	ÖFFENTLICHE SITZUNG	
1	Anerkennung der Tagesordnung	
2	Einrichtung eines Impfteleons bei der Stadt Rheinbach	BV/1501/2021
3	Bürgeranträge	
3.1	Bürgerantrag vom 09.07.2019 zum Aufstellen eines schützenden Unterstandes mit Lagermöglichkeit für den Ampeldienst in Merzbach	AN/0423/2019/2
4	Ortsrecht	
4.1	Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach	BV/1497/2021
5	Allgemeine Angelegenheiten	
5.1	Förderantrag im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ hier: Beachvolleyballplätze im Freizeitpark	BV/1496/2021
5.2	Delegierung der Angelegenheiten des Rates auf den Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)	BV/0052/2020
5.3	Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl und Verteilung auf die Grundschulen	BV/1486/2021/1
6	Finanzangelegenheiten	
6.1	Stellenplan 2021	BV/1480/2020
6.2	Ermächtigungsübertrag für Investitionsauszahlungen des Jahres 2020	BV/1488/2021
6.3	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept	BV/1493/2021

- | | | |
|-------|--|--------------|
| 6.3.1 | Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Realisierung preiswerten Wohnraums ermöglichen | AN/0505/2021 |
| 6.3.2 | Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Baulandmanagement | AN/0508/2021 |
| 6.3.3 | Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Realisierung des Radwegenetzes | AN/0506/2021 |
| 6.3.4 | Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Attraktivität der Hauptstraße erhalten | AN/0507/2021 |

7 Grundstücksangelegenheiten

./.

8 Bau- und Planungsangelegenheiten

./.

9 Besetzung von Ausschüssen und Gremien

./.

10 Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

10.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 02.06.2020 "Durch Zufall besser beraten - Neues Format zur Beteiligung der Einwohner*innen"	AN/0459/2020/1
------	---	----------------

10.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2021 betreffend Bebauungsplan Rheinbach-Wormersdorf Nr. 16 "In den Gärten"; hier: Vermarktung der Grundstücke	AN/0500/2021
------	---	--------------

11 Anfragen

12 Mitteilungen des Vorsitzenden

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

13 Allgemeine Angelegenheiten

./.

14 Finanzangelegenheiten

./.

15 Bau- Vergabe- und Planungsangelegenheiten

15.1 Vergabe von Dachdeckerarbeiten zur Dachsanierung des Umkleidetракtes der Sporthalle Berliner Straße MI/0035/2021

16 Grundstücksangelegenheiten

16.1 Städtebaulicher Vertrag Majolika-Areal sowie gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 4, Flurstück 839 BV/1491/2021

16.2 Vertrag über die technische Erschließung der Grundstücke in der Straße Heeg mit den Flurstücksnummern 259-267 (Flur 38) BV/1492/2021

16.3 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 15, Flurstück 437 BV/1494/2021

16.4 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 27, Flurstück 113 BV/1500/2021

16.5 Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 27, Flurstück 66 BV/1502/2021

17 Personalangelegenheiten

./.

18 Mitteilungen des Vorsitzenden

Mündliche Anfragen

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Anerkennung der Tagesordnung
-----	---	------------------------------

Bürgermeister Banken begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Damen und Herren des Rates, die Mitarbeiter*Innen der Verwaltung, die Besucher*Innen und die Vertreter*Innen der Presse. Er stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Außerdem informiert er die Anwesenden, dass Ratsherrn Dr. Reinhard H. Ganten (UWG) sein Ratsmandat zum 31. März 2021 niederlegen werde. Bürgermeister Banken dankt ihm für seine kommunalpolitische Tätigkeit. Die offizielle Verabschiedung werde in der nächsten Ratssitzung stattfinden.

Anschließend weist er darauf hin, dass die Tagesordnung der Sitzung um folgende Tagesordnungspunkte ergänzt werden müsse:

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG		
2	Einrichtung eines Impftelefone bei der Stadt Rheinbach	BV/1501/2021
5.3	Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl und Verteilung auf die Grundschulen	BV/1486/2021/1
B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG		
16.4	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 27, Flurstück 113	BV/1500/2021
16.5	Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 27, Flurstück 66	BV/1502/2021

Außerdem sollen die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Haushalt unter den Tagesordnungspunkten 6.3.1 bis 6.3.4 beraten werden.

Da es keine Einwände gibt, lässt Bürgermeister Banken über die Tagesordnung mit den genannten Änderungen abstimmen. Der Rat stimmt dieser einstimmig zu.

Nach der Anerkennung der Tagesordnung teilt Bürgermeister Banken mit, dass eine Korrektur der letzten Niederschrift des Rates vom 14.12.2020 erforderlich wird. Er dankt Ratsherrn Brozio (CDU) für den Hinweis. Bei TOP 12 – Mitteilungen des Vorsitzenden fehlte leider das Wörtchen „nicht“. Der Satz muss korrekt lauten: *Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) und Ratsherr Brozio (CDU) baten in diesem Zusammenhang um Informationen, warum die beiden Haltestellen an der Bundesstraße 266, auf der freien Strecke zwischen der Kernstadt Rheinbach und der Ortschaft Oberdrees, aufwendig barrierefrei ausgebaut wurden, zumal dort im Regelfall niemand ein- oder aussteigen würde und warum andere Bushaltestellen bisher **nicht** ausgebaut wurden.*

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

Anschließend benennt Bürgermeister Banken Ratsherrn Karl Heinrich Kerstholt (SPD), Ratsfrau Silke Josten-Schneider (UWG) und Ratsherrn Stephan Bogert (Grüne) zu Stimmzählern.

Beschluss						
Die Tagesordnung wird in der geänderten Form anerkannt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM *)
JA	X	X	X	X	X	-
NEIN						-
ENTHALTUNG						-
*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.						

TOP	2	Einrichtung eines Impftelefons bei der Stadt Rheinbach
------------	----------	---

Bürgermeister Banken und Fachbereichsleiterin Hoffmann gehen kurz auf die Vorlage ein und erläutern das weitere Vorgehen zur Einrichtung eines Impftelefons bei der Stadt Rheinbach. Da es ein erfreulich breites Engagement durch Angehörige, Nachbarn und Dorfgemeinschaften gebe, werde die Stadt diejenigen unterstützen, die eine solche Hilfe nicht in Anspruch nehmen und sich eine Taxifahrt ins Impfzentrum nach St. Augustin nicht selbst leisten können.

Die Fraktionen der SPD, UWG, Grüne und FDP begrüßen die Einrichtung eines Impftelefons für die Rheinbacher Bürger*innen. Es sei wichtig, die Bürger*Innen zu unterstützen, die keine andere Hilfe erfahren.

Die CDU-Fraktion, so Ratsherr Schneider, unterstützt die Einrichtung eines Impftelefons ebenfalls, gibt aber zu bedenken, dass die Stadt Rheinbach grundsätzlich nicht für das Impfen und den Transport zum Impfzentrum zuständig sei und insofern eine freiwillige Leistung übernehme.

Die Ratsherren Brozio (CDU) und Dr. Ganten (UWG) bestätigen durch Ihre Tätigkeit als Ortsvorsteher, dass der Bedarf in den Ortschaften weitgehend durch Familie, Freunde und Nachbarn gedeckt werde.

Ratsherr Schiebener (Grüne) fragt nach, wann mit dem Impftelefon gestartet werden soll und ob die Verträge der studentischen Hilfskräfte flexibel gestaltet seien.

Fachbereichsleiterin Hoffmann erläutert, dass das Impftelefon noch in dieser Woche starten könne. Besetzt werde dieses Telefon mit einem Mix aus Mitarbeiter*Innen der Verwaltung und einer geringen Anzahl von studentischen Hilfskräften. Die Verträge seien vorerst auf drei Monate befristet. Danach erfolge eine Bedarfsüberprüfung. Auch die Belange des Datenschutzes seien bei der Konzeption der Aufgabe ausreichend berücksichtigt.

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

Beschluss																													
<p>Der Rat der Stadt Rheinbach stimmt der Einrichtung eines Impftelefon in der in der Beschlussvorlage dargestellten Form zu.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	3	Bürgeranträge
-----	---	---------------

TOP	3.1	Bürgerantrag vom 09.07.2019 zum Aufstellen eines schützenden Unterstandes mit Lagermöglichkeit für den Ampeldienst in Merzbach
-----	-----	--

Ratsherr Huth (UWG) gibt zu bedenken, dass durch diesen Beschluss ein Präzedenzfall geschaffen werde und die Stadt evtl. mit weiteren Anträgen rechnen müsse und hier weitere Kosten entstehen könnten.

Ratsherr Kerstholt (SPD) entgegnet, dass in dem eigentlichen Antrag nur der Wunsch nach einem Platz geäußert wurde, um sich selbst bzw. persönliche Sachen ab- bzw. unterzustellen. Die Lösung der Verwaltung werte die Arbeit des Lotsendienstes auf. Er sehe hier nicht, dass mit dieser Entscheidung ein Präzedenzfall geschaffen werde, da eine gute Idee nicht zwingend auf allen Ortschaften oder in der Kernstadt angepasst werden müsse.

Beschluss																													
<p>An der Kreuzung Merzbacher Straße / Weidenstraße wird ein ehem. Buswartehäuschen als Unterstand für den Ampeldienst der KGS Merzbach errichtet. Zur Lagerung von Gegenständen wird eine stabile, abschließbare Kiste montiert.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	4	Ortsrecht
-----	---	-----------

TOP	4.1	Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach
-----	-----	---

Alle Fraktionen sind sich einig, dass der Änderung der Zuständigkeitsordnung zugestimmt werden könne. Lediglich die Regelung in § 18 Absatz 10 (Zuständigkeiten zum An- und Verkauf von Grundstücken auf den Bürgermeister) soll ausgenommen werden.

Ratsherr Schneider (CDU) begründet dies damit, dass bisher der Haupt- und Finanzausschuss bzw. der Rat über Grundstücksgeschäfte, unabhängig von der Höhe entschieden habe. Laut seiner Recherche wurde in den letzten beiden Jahren lediglich über jeweils ein Grundstück beraten. An diesem Verfahren habe es nie Kritik gegeben und es sei zu keinen problematischen Verzögerungen gekommen. Mit der Zustimmung zu Absatz 10 werde hier jeder Fraktion das Recht genommen, sich vor der Entscheidung zum Kauf bzw. Verkauf im Rat angemessen zu äußern und zu entscheiden. Deshalb könne die CDU-Fraktion dieser Regelung nicht zustimmen. Er beantragt eine getrennte Abstimmung, da den anderen Änderungen der Zuständigkeitsordnung zugestimmt werden soll.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) und seine Fraktion sprechen sich ebenfalls für eine getrennte Abstimmung aus.

Die FDP-Fraktion sieht bei dem Kauf- und Verkauf von Grundstücken eine wichtige Aufgabe des Rates, so Ratsfrau Rentzsch. Sie schlägt vor, eine Entscheidung über diese Angelegenheit zu vertagen. Es gebe in dieser Frage einen engen Zusammenhang mit dem Baulandmanagement und der Ausgestaltung der wfeg. Darüber sollte insgesamt noch beraten werden. Einer getrennten Abstimmung stimmt sie daher ebenfalls zu.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) weist darauf hin, dass die Verwaltung für den Kauf- bzw. Verkauf von Grundstücken eine Haushaltsermächtigung des Rates benötigt und erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden, diesen Punkt zu vertagen und in einem größeren Zusammenhang zu diskutieren.

Bürgermeister Banken erläutert noch einmal kurz, dass es ihm lediglich darum gehe, kleinere Parzellen an- bzw. verkaufen zu können, dafür sei auch Geld im Haushalt eingestellt. Wenn der Rat die Kriterien für den An- bzw. Verkauf festgelegt hat, sei der Handlungsrahmen ausreichend definiert.

Da die Fraktionen sich für einen späteren Beschluss in dieser Frage ausgesprochen haben, zieht Bürgermeister Banken die vorgeschlagene Regelung des § 18 Absatz 10 zurück.

Beschluss						
Der Rat der Stadt Rheinbach beschließt die modifizierte Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheinbach.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	8	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG		1				

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	5	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

TOP	5.1	Förderantrag im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ hier: Beachvolleyballplätze im Freizeitpark
-----	-----	--

Beschluss																													
<p>Der Rat befürwortet die Stellung eines Förderantrages im Rahmen des „Städtebauförderprogramms Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ für die Anlegung von zwei Beachvolleyballplätzen im Freizeitpark Rheinbach mit einem Kostenvolumen in Höhe von 27.000 €.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p> <table border="1" data-bbox="212 741 1110 920"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	5.2	Delegierung der Angelegenheiten des Rates auf den Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
-----	-----	---

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) lehnt den Antrag ab. Das Modell habe sich für ihn nicht bewährt, da der Haupt- und Finanzausschuss über Punkte entschieden hat, die seiner Meinung nach keine Eilbedürftigkeit hatten. Diese hätten durchaus im Fachausschuss vorberaten werden können.

Beschluss																													
<p>Aufgrund der vom Landtag Nordrhein-Westfalen festgestellten epidemischen Lage von landesweiter Tragweite, beschließt der Rat gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 und 2 GO NRW, dass der Haupt- und Finanzausschuss in Angelegenheiten entscheidet, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen.</p> <p>Diese Regelung tritt spätestens mit Ablauf des 27. März 2021 außer Kraft.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen</p> <table border="1" data-bbox="212 1747 1110 1924"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>X</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X		X	X	NEIN				X			ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X		X	X																							
NEIN				X																									
ENTHALTUNG																													

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	5.3	Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl und Verteilung auf die Grundschulen
-----	-----	--

Bürgermeister Banken berichtet über das Gespräch mit der Schulaufsicht. Hier sollte geklärt werden, ob es nicht ausnahmsweise möglich wäre in Merzbach eine weitere Eingangsklasse einzurichten. Leider gibt es von Seiten der Schulaufsicht keinerlei Spielraum und auch kein Ermessen, die Klassenrichtzahl – auch ausnahmsweise – zu erhöhen. Allerdings habe die Schulaufsicht, in Absprache mit der Schule, pädagogische Unterstützung zugesagt. Allerdings müsse die Klassenrichtzahl auf 11 Klassen festgelegt werden.

Die Fraktionen sehen es als bedauerlich an, hier keine 12. Eingangsklasse einrichten zu können und begrüßen, dass die Schulaufsicht wenigstens pädagogische Unterstützung zugesagt habe.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) bittet darüber nachzudenken, ob es sinnvoll sei, bei den katholischen Grundschulen in den Ortschaften auswärtige katholische Kinder den nicht katholischen Kindern der Ortschaft vorzuziehen.

Ratsherr Bogert (Grüne) bittet, die Öffentlichkeit über dieses Verfahren zu unterrichten.

Beschluss																																		
<p>Im Schuljahr 2021/22 werden im Bereich der Stadt Rheinbach 11 Eingangsklassen gebildet, die sich wie folgt verteilen:</p> <p style="margin-left: 40px;">KGS St. Martin: 3 Eingangsklassen GGs Sürster Weg: 4 Eingangsklassen KGS Flerzheim: 1 Eingangsklasse KGS Merzbach: 1 Eingangsklasse KGS Wormersdorf: 2 Eingangsklassen</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p> <table border="1" style="margin-left: 40px; margin-top: 10px;"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>12</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td>2</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	12	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG	2					
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	12	X	X	X	X	X																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG	2																																	

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	6	Finanzangelegenheiten
-----	---	-----------------------

TOP	6.1	Stellenplan 2021
-----	-----	------------------

Beschluss						
<p>Der Stellenplan 2021 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	6.2	Ermächtigungsübertrag für Investitionsauszahlungen des Jahres 2020
-----	-----	--

Beschluss						
<p>Den Ermächtigungsübertragungen 2020 für Investitionen gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung wird auf der der Grundlage der vorgelegten Liste zugestimmt.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	6.3	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept
-----	-----	--

TOP	6.3.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Realisierung preiswerten Wohnraums ermöglichen
-----	-------	---

Bürgermeister Banken schlägt vor, die vier Änderungsanträge vor der Beschlussfassung des Haushaltes zu beraten. Damit erklärten sich alle Ratsmitglieder einverstanden.

Ein wichtiges Ziel der SPD-Fraktion in den nächsten Jahren ist es, preiswerten Wohnraum in Rheinbach zu schaffen, so Ratsherrn Dr. Wilmers (SPD). Hierzu werde beantragt, eine bestehende

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

Haushaltsposition zum Ankauf von Grundstücken aufzustocken und den Zweck auf den Ankauf von Grundstücken für preiswerten Wohnraum zu erweitern. Über den richtigen Weg zur Realisierung von preiswertem Wohnraum müsse sich noch im zuständigen Ausschuss verständigt werden.

Ratsherr Huth (UWG) berichtet, dass für den Ankauf von Grundstücken von unbebauten Flächen im Haushalt 1,2 Mio. € veranschlagt seien. Diese Summe würde für den Anfang ausreichen. Dem Vorschlag, den Ansatz um die Summe des zu beschaffenden Feuerwehrfahrzeuges zu erhöhen, könne er nicht zustimmen.

Ratsfrau Beckers (Grüne) hält den Antrag für sehr sinnvoll, sieht diesen aber in der Umsetzung als zu unklar und unkonkret an. Deshalb werde sie sich – wie auch einige Mitglieder der Fraktion - enthalten.

Ratsfrau Rentzsch (FDP) schließt sich der Meinung der UWG an und hält es wegen dem Haushaltssicherungskonzept für verfrüht, solche Ausgaben zu tätigen und wird aus diesem Grund den Antrag ebenfalls ablehnen.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) kann die ablehnende Haltung nicht nachvollziehen. Er führt aus, dass die Ermächtigungen für Investitionsausgaben in den letzten drei Jahren nur zu einem Drittel ausgeschöpft wurden. Er sehe hier sehr viel Spielraum.

Bürgermeister Banken weist darauf hin, dass die Kosten für das Feuerwehrfahrzeug in Höhe von 480.000 € in diesem Jahr nicht kassenwirksam werden, da die Lieferzeit für das Fahrzeug zwischen 12 bis 16 Monate beträgt. Es werde stattdessen eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung geschaffen.

Beschluss																													
<p>Der Titel Grundstückskauf Pauschal/kleinere Maßnahmen/Erw. P&R Römerkanal wird um 480.000 Euro verstärkt und umbenannt in Pauschal/kleinere Maßnahmen/Erw. P&R Römerkanal/Grundstückskauf für preiswerten Wohnraum.</p> <p>Die Investitionsmaßnahme INV21-0006 Feuerwehr, HLF 20 Rheinbach wird in 2021 auf Null gesetzt und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 480.000 Euro und die Veranschlagung in 2022 statt in 2021 vorgenommen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der CDU, UWG und FDP bei Stimmenthaltung der Grünen</p>																													
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <th>JA</th> <td></td> <td style="text-align: center;">X</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">X</td> </tr> <tr> <th>NEIN</th> <td style="text-align: center;">X</td> <td></td> <td style="text-align: center;">X</td> <td></td> <td style="text-align: center;">X</td> <td></td> </tr> <tr> <th>ENTHALTUNG</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">X</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA		X				X	NEIN	X		X		X		ENTHALTUNG				X		
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA		X				X																							
NEIN	X		X		X																								
ENTHALTUNG				X																									

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	6.3.2	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Baulandmanagement
-----	-------	---

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) erläutert den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Baulandmanagement. Durch die Installierung eines Baulandmanagements soll in der Zukunft steuernd eingegriffen werden, z. B. an wen Grundstücke verkauft und wie diese bebaut werden sollen.

Ratsfrau Rentzsch (FDP) wirbt darum, diesen Antrag gemeinsame mit dem FDP-Antrag vom 13.06.2020 zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Wohnbaulandentwicklung" in der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft aus dem vergangenen Jahr im zuständigen Fachausschuss gemeinsam zu beraten und zu entscheiden.

Die UWG-Fraktion könnte diesem Antrag zustimmen, wenn das Haushaltsjahr 2022 lauten würde, so Ratsherr Dr. Huth (UWG).

Ratsherr Hell (CDU) ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Stadt das in diesem Jahr nicht leisten kann und spricht sich für eine Beratung im Fachausschuss aus.

Bürgermeister Banken erklärt sich mit dem geforderten pauschalen Finanzmittelansatz in Höhe von 500.000 Euro einverstanden. Allerdings müsse seiner Ansicht nach keine neue Steuerungsgruppe gebildet werden, da die geforderten Vertreter*Innen identisch mit dem Aufsichtsrat der wfeg sind. Ebenso könne die Verwaltung die umfangreichen und kurzfristigen Alternativvergleiche nicht alleine bewältigen und sei auf einen externen Beistand angewiesen. Aus diesen Gründen könnte er diesem Antrag nicht zustimmen.

Beschluss
<p>1.) Ab dem Haushalt 2021 wird ein pauschaler Finanzmittelansatz in Höhe von 500.000 Euro gebildet, um im Bedarfsfall im Sinne einer am Gemeinwohl ausgerichteten, nachhaltigen Stadtentwicklung durch eine strategische (soziale und klimaneutrale), aktive Bodenvorrats- und Baulandpolitik handlungsfähig sein zu können.</p> <p>Die Stadt sichert die Flächenverfügbarkeit durch Erwerb von, Tausch von und/oder durch notariell beurkundete Optionsverträge/Kaufangebote für Flächen, ggfls. auch durch die Ausübung von Vorkaufsrechten.</p> <p>Die Einnahmen aus der Baulandentwicklung sind primär zweckgebunden für weitere Baulandentwicklungen einzusetzen. Langfristig ist das Ziel ein revolvingender kommunaler Bodenfonds, um die einzusetzenden Haushaltsmittel schrittweise zu verringern. Die für eine erfolgreiche Realisierung erforderlichen Strukturen werden in Abstimmung mit der Politik behutsam installiert.</p> <p>2.) Der Baulandmanagementbeschluss des Rates der Stadt Rheinbach von 2004, zuletzt geändert 2018, wird in einem ersten Schritt in Punkt 1 erweitert um das Instrument „freihändiger Erwerb (kommunaler Zwischenerwerb)“. Mit dem Baulandmanagement verfolgte Ziele werden vorerst weiter im jeweiligen Bauleitplanverfahren individuell von den politischen Gremien beschlossen und auf dieser Basis mit den planungsbegünstigten Personen vertraglich gesichert und realisiert.</p>

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

- 3.) Es wird eine Steuerungsgruppe Baulandmanagement mit Vertreter*innen der Verwaltung, je einer*inem Vertreter*in pro Fraktion und dem Geschäftsführer der WFEG gebildet, um über Details bezüglich der Umsetzung eines aktiven Baulandmanagements vorzubereiten. Ziel ist eine Erweiterung des Baulandmanagementsbeschlusses in Hinblick auf Grundsätze der Baulandentwicklung sowie Detailregelungen beim kommunalen Zwischenerwerb. Die Steuerungsgruppe berichtet direkt an den Rat bzw. den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen oder den Haupt- und Finanzausschuss.
- 4.) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vergleich der Modelle "revolvierender Bodenfonds", "Eigenbetrieb", "Eigengesellschaft" und "Erweiterung des Aufgabenfelds der WFEG" zum Management des Zwischenerwerbs in Hinblick auf Personalkosten, Rechtsaufsicht, Kreditaufnahmemöglichkeiten, Entscheidungskompetenz sowie Steuerpflicht der Steuerungsgruppe zur Beratung vorzulegen. Dieser Antrag zielt darauf ab, bereits jetzt die finanziellen Weichen zu stellen, um schon in 2021 handlungsfähig zu werden. Bereitgestellte Mittel bzw. Kredite sind – je nach Ergebnis des von der Verwaltung anzustellenden Vergleichs - ggfls. an die WFEG durchzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
gegen die Stimmen der CDU, UWG und FDP bei Stimmenthaltung der SPD

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA				X		
NEIN	X		X		X	X
ENTHALTUNG		X				

TOP	6.3.3	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Realisierung des Radwegenetzes
-----	-------	--

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) erläutert, dass aus Verkehrs-, Umwelt-, Attraktivitäts- und Klimaschutzgründen ein vernünftiges Radwegenetz benötigt werde. Die Bereitstellung von Verkehrsinfrastrukturen für den Radverkehr sei keine freiwillige Leistung, sondern es handle sich um eine kommunale Pflichtaufgabe, genau wie die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur für den Auto- und Fußgängerverkehr. Es wird beantragt, nur die blaue Farbe für das Radwegenetz als freiwillige Leistung zu deklarieren und § 10 des Entwurfs der Haushaltssatzung zu streichen, in dem die Schaffung eines Radwegenetzes von der Akquirierung von Fördermöglichkeiten abhängig gemacht wird. Wenn der Rat diese Entscheidung nicht treffe, bedürfe es der Fortsetzung des vor einem Jahr gestartete Bürgerbegehrens und ggf. eines entsprechenden Bürgerentscheides.

Ratsherr Huth (UWG) spricht sich ebenfalls für eine Realisierung eines Radwegenetzes aus. Allerdings liege derzeit noch keine Genehmigung zu dem Projekt der Blauen Straßen vor. Hier sollte zunächst eine Genehmigung abgewartet werden.

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

Aus guten Gründen habe der letzte Rat beschlossen, die Umsetzung des Projektes von Fördermitteln abhängig zu machen, so Ratsherr Hell (CDU). Der Handlungsbedarf sei grundsätzlich unstrittig. Da aber eine Genehmigung für einen Verkehrsversuch noch ausstehe, sollte abgewartet werden, bevor eigenes Geld investiert werde.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) vertritt eine andere Position. Es sei wichtig, dass Projekt auch unabhängig von Fördermitteln umzusetzen.

Kämmerer Kohlosser erklärte das Verfahren. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass mit der Maßnahme erst begonnen werden kann, wenn eine Förderzusage vorliege. Bei einer Ablehnung müsste der Rat neu beraten. Er regt an, alternativ über konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs in Rheinbach nachzudenken.

Bürgermeister Banken schlägt als Kompromiss vor, dass mit der Maßnahme erst begonnen wird, wenn eine Entscheidung über Fördermittel getroffen wurde.

Da sich die Fraktionen über den Kompromissvorschlag von Bürgermeister Banken beraten wollen, wurde die Sitzung für fünf Minuten unterbrochen.

Nachdem die Sitzung wiedereröffnet wurde, lässt Bürgermeister Banken über den modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss																																		
<p>Zunächst wird die Entscheidung über die Förderung abgewartet, bevor mit der Umsetzung des Konzeptes der „Blauen Straßen von Rheinbach“ begonnen wird. Dieses kann noch angepasst werden, damit es genehmigungsfähig wird und zu einer dauerhaften Lösung führt.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der CDU, UWG und FDP</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td></td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> <td></td> <td>X</td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA		X		X		X	NEIN	X		X		X		ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA		X		X		X																												
NEIN	X		X		X																													
ENTHALTUNG																																		

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	6.3.4	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2021 zur Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept; hier: Attraktivität der Hauptstraße erhalten
-----	-------	---

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) erläutert den Antrag wie folgt: bei der Erarbeitung des Masterplanes Innenstadt wurden erhebliche Defizite in der Hauptstraße und ihrem Umfeld festgestellt und bislang keine Abhilfe geschaffen. Deshalb werde hier eine Zweckbindung beantragt, die den Haushalt nicht zusätzlich belastet.

Beschluss																																		
<p>Beim Produkt Betriebshof werden mindestens 20.000 Euro der vorgesehenen Aufwendungen für Personal und Sach- und Dienstleistungen für die Aufrechterhaltung der Attraktivität der Hauptstraße verwendet.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p> <table border="1" data-bbox="212 887 1110 1061"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X	X	X	X																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG																																		

Anschließend nehmen die Ratsfraktionen zu dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 und dem Haushaltssicherungskonzept Stellung.

Ratsherr Hell (CDU) berichtet, dass der geforderte Haushaltsausgleich für 2021 aus eigener Kraft geschafft wurde. Dies habe aber durch die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern zu erheblichen Mehrbelastungen der Bürger*Innen geführt. Sinkende Erträge stünden den deutlich steigenden Aufwendungen gegenüber. Er geht auf die Investitionen im Bereich der Schulen, der Kindergärten und des Sportstättenentwicklungsplans ein. Der größte Einzelposten im Haushalt 2021 seien die Aufwendungen für Personal, die seit 2009 um fast 50 % angestiegen sind. Hier bestehe für die Stadt allerdings wenig Spielraum für Einsparungen. Deshalb müsse dieser Posten sowie die Personalausstattung insgesamt in den nächsten Jahren genauer betrachtet werden.

Weitere Belastungen werden aufgrund der Coronavirus-Pandemie auf die Stadt zukommen. Bereits jetzt schon sei eine Mehrbelastung von über 15 Mio. € absehbar. Zwar könnten die coronabedingten Mehraufwendungen und Mindereinnahmen im Haushalt isoliert werden, aber bereits 2024 müsse entschieden werden, wie mit dieser Bilanzierungshilfe umgegangen wird.

Größere Handlungsspielräume seien auch mittelfristig in der Finanzplanung nicht zu erkennen, verlangen aber nach der Fortsetzung einer soliden Haushaltspolitik. Allein schon die Erfüllung von Pflichtaufgaben stelle die Stadt vor große Herausforderungen. Für Wunsch- oder Prestigeobjekte ohne eine vollständige Gegenfinanzierung gebe es keinen Spielraum.

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

Als nächstes spricht Ratsherr Dr. Wilmers für die SPD-Fraktion. Er berichtet von zehn Produkten, die auf der Ausgabenseite eine Kostensteigerung von mehr als 60 % in den letzten fünf Jahren erfahren haben. Der Steigerungsbedarf bei jedem einzelnen Produkt betrug über 400.000 €. Hierzu zählen: Allgemeine Zentrale Dienste, Elektronische Datenverarbeitung, Gebäudemanagement, Brandschutz, Bereitstellung von Grundschulen, Leistungen für und Unterbringung von Asylbewerbern, Förderung von Kindern in Kitas- und Tagespflege, Bereitstellung von Tageseinrichtung für Kindern, Neubau- und Unterhaltung von öffentlichen Verkehrsflächen und Sport- und Erlebnisbad. Auf diese Produkte müsse in den nächsten Jahren geachtet werden.

Die SPD-Fraktion habe konkrete Vorstellungen, was sich trotz geringer finanzieller Spielräume in der neuen Wahlperiode mit Priorität verändern und sich im Haushalt niederschlagen sollte. Hierzu seien von der SPD die entsprechenden Änderungsanträge zum Haushalt gestellt worden: Realisierung preiswerten Wohnraums ermöglichen, Realisierung des Radwegenetzes und Attraktivität der Hauptstraße erhalten. Auch wenn zwei davon abgelehnt wurden, werde die SPD-Fraktion grundsätzlich den Haushaltsentwurf mittragen.

Nun folgt die Haushaltsrede von Ratsherrn Schiebener (Grüne). Er berichtet, dass sich die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen im Vorfeld sehr intensiv mit dem Zahlenwerk beschäftigt und Vorschläge eingebracht habe, die teilweise im Haushalt berücksichtigt wurden, z.B. Fortbildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen von Ökologie und Umweltschutz.

Gerne werde von den Grünen auch Vorschläge anderer Parteien mitgetragen, so das Projekt „Blaue Straßen“, welches auch ohne vorherige Förderzusage angegangen werden sollte. Daraus ergebe sich eine klima- und menschenfreundliche Maßnahme zur Verkehrsentslastung. Auch spricht Ratsherr Schiebener die Schaffung von preiswerten Wohnraum, als wichtige Maßnahme an.

Er bedauert, dass für zukunftsweisende Anliegen wie Verkehr und Wohnen keine Mehrheiten gefunden wurden. Daher werde es von den Grünen ein differenziertes Abstimmungsverhalten zum Haushalt geben.

Ratsherr Huth (UWG) macht deutlich, dass weiterhin äußerste Haushaltsdisziplin notwendig sei.

Als nahezu unbeeinflussbaren Kostentreiber benennt er die Sozialen Leistungen sowie wichtige Investitionen im Schul- und Jugendbereich. Die UWG begrüßt ausdrücklich die Grundsanierung des ehemaligen Gebäudes in der Koblenzer Straße, den langersehnten Erweiterungsbau des Betriebshofes, die Sanierung von Schulgebäuden, das Sportstättenentwicklungskonzept, die Errichtung der Mobilstation am Bahnhof, die Planung für die Attraktivitätssteigerung der Pütz- und Weiherstraße, die Erstellung eines Verkehrskonzeptes sowie die Schaffung von Wohnraum (ggf. im Rahmen der Neuausrichtung der wfeg). Auch die Ausstattung der Feuerwehr sei wichtig. Hier soll und müsse eine entsprechende Infrastruktur gewährleistet sein.

Ebenso müsse der Wirtschaftsstandort Rheinbach u.a. durch weitere Ansiedlungen von Unternehmen im Gebiet Wolbersacker gestärkt werden, um Gewerbesteuererinnahmen zu erzielen.

Die UWG sei erfreut, dass es keine weiteren Steuererhöhungen – bis auf die bereits beschlossenen – geben wird, denn ohne die Pandemie hätte die UWG eine Steuersenkung beantragt. Deshalb wird die UWG dem vorliegenden Haushalt 2021 vollumfänglich zustimmen.

Zum Schluss spricht Ratsfrau Rentzsch (FDP) und bringt die liberale Sicht zum Haushalt ein. Die Abwägung zwischen notwendig und überflüssig sei eine Herausforderung mit der sich die

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

Kommunalpolitiker auseinandersetzen müssten. Das Ende der Haushaltssicherung sei ein wichtiges Ziel, um nun wieder handlungs- und zukunftsfähig zu werden. Insbesondere nachhaltige

Unternehmer und auch innovative Gründer, z.B. für den bio innovation park, müssten nach Rheinbach geholt werden, um die finanzielle Entwicklung der Stadt weiter voranzutreiben.

Bei den Investitionen spricht sie die digitale Ausstattung der Schulen, ein gut ausgebautes ÖPNV- und Radwegenetz, den Erhalt der dörflichen Strukturen durch Baulandausweisung, Schaffung von Wohngebieten und den Tourismus, die Wohnmobilstellplätze sowie das Sportstätten- und Klimaschutzkonzept an. Froh ist Ratsfrau Rentzsch, dass trotz knapper Mittel die Musik- und Volkshochschule betrieben werden könne.

Sodann lässt Bürgermeister Banken über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschluss																													
a.)	Der Rat beschließt die durch den Haupt- und Finanzausschuss am 25.01.2021 empfohlene Haushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2021 mit Haushaltssicherungskonzept 2021.																												
b.)	Die für einen Kreditgenehmigungsantrag nach § 82 Abs. 2 GO NW erforderliche „Prioritätenliste“ für Investitionen wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.																												
c.)	Der Rat beschließt zusätzlich folgende Verpflichtungsermächtigungen in 2021 VE21-0001 Feuerwehr, Pickup Hilberath i.H.v. 80.000 €, VE21-0002 Feuerwehr, MTF Flerzheim i.H.v. 70.000 €, VE21-0004 Eulenbach, Gewässerentwicklung + Hochwasserschutz i.H.v. 366.800 €, VE21-0005 Gesamtschule i.H.v. 624.500 €, VE21-0006 Unter den Linden, Straßensanierung i.H.v. 155.000 €, VE21-0007 Liegenschaft Koblenzer Straße, Grundsanierung i.H.v. 363.000 €, VE21-0008 Betriebshof, Erweiterungsbau i.H.v. 300.000 €.																												
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen gegen die Stimmen von Ratsfrau Beckers, Ratsfrau Rupprecht, Ratsherrn Nagel und Ratsherrn Bogert, bei Stimmenthaltung von Ratsfrau Seifert-Schollmeyer																													
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>2</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>4</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>1</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	2	X	X	NEIN				4			ENTHALTUNG				1		
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	2	X	X																							
NEIN				4																									
ENTHALTUNG				1																									

TOP	7	Grundstücksangelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	8	Bau- und Planungsangelegenheiten
-----	---	----------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
-----	---	---------------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	----	--

TOP	10.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 02.06.2020 "Durch Zufall besser beraten - Neues Format zur Beteiligung der Einwohner*innen"
-----	------	---

Beschluss																													
<p>Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	10.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2021 betreffend Bebauungsplan Rheinbach-Wormersdorf Nr. 16 "In den Gärten"; hier: Vermarktung der Grundstücke
-----	------	--

Beschluss																													
<p>Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

Niederschrift	11/3. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 08.02.2021

TOP	11	Anfragen
-----	----	----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Anfragen vor.

TOP	12	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	----	-------------------------------

Es liegen keine Mitteilungen des Vorsitzenden in öffentlicher Sitzung vor. Daraufhin schließt Bürgermeister Banken den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.